

Die Miliz der Oblast Transkarpatien ist bei der Suche nach Sündenböcken fündig geworden

06.11.2009

Gestern hat die Hauptverwaltung des Innenministerium in der Oblast Transkarpatien die Einwohner dazu aufgefordert, über beliebige Kontakte mit Vertretern aus Südostasiens und dem Nahen Osten die Miliz zu informieren, dies mit der schwierigen epidemischen Situation motivierend. Ein entsprechendes Schreiben wurde gestern morgen auf der Seite der Verwaltung veröffentlicht. Und obgleich dieses einige Zeit danach von der Seite entfernt wurde, haben Menschenrechtler darin einen Aufruf zur Diskriminierung nach nationalen Merkmalen gesehen.

Gestern hat die Hauptverwaltung des Innenministerium in der Oblast Transkarpatien die Einwohner dazu aufgefordert, über beliebige Kontakte mit Vertretern aus Südostasiens und dem Nahen Osten die Miliz zu informieren, dies mit der schwierigen epidemischen Situation motivierend. Ein entsprechendes Schreiben wurde gestern morgen auf der Seite der Verwaltung veröffentlicht. Und obgleich dieses einige Zeit danach von der Seite entfernt wurde, haben Menschenrechtler darin einen Aufruf zur Diskriminierung nach nationalen Merkmalen gesehen.

Gestern morgen erschien auf der offiziellen Seite der Hauptverwaltung des Innenministeriums der Oblast Transkarpatien ein Schreiben an die Einwohner der Oblast. Die Mitarbeiter der Miliz riefen die Bürger "in Verbindung mit der Verschärfung der epidemischen Situation" dazu auf, über jeden Fakt "eines Treffens oder einer Unterhaltung mit Abkömmlingen aus Südostasien oder dem Nahen Osten" zu berichten. "Wir haben hier einen großen Migrationspunkt und viele Einwohner eben dieser Regionen passieren das Territorium der Oblast. Eben daher haben wir uns entschieden diese Anzeige zu veröffentlichen", erläuterte dem "**Kommersant-Ukraine**" der Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der transkarpatischen Hauptverwaltung des Innenministeriums, Igor Stefanec.

Er wurde auch in der Abteilung für die Bekämpfung des Menschenhandels der Oblastverwaltung der Miliz unterstützt: "Sie (die Einwohner des Nahen Ostens und Südostasiens) versuchen nach Europa über das Territorium der Ukraine zu gelangen, daher muss man auf sie eine besondere Aufmerksamkeit richten. Es gibt keinerlei Diskriminierung dieser Bürger, wir sorgen uns nur um die Ukrainer". Dabei konnten beide Gesprächspartner des "**Kommersant-Ukraine**" bei der Miliz nicht erklären, warum ausgerechnet die Einwohner Südostasiens und des Nahen Ostens als potentielle Überträger der Grippe bei der Miliz gelten.

In der Mitte des gestrigen Tages wurde das Schreiben gelöscht. Zu erklären, warum es gelöscht wurde, weigerten sich die Mitarbeiter des Innenministeriums. Nichtsdestotrotz unterstützten die Einwohner Ushhorods, denen es gelang das Schreiben zu lesen, die Initiative der Rechtsschutzorgane. "Wenn ich auf der Straße verdächtige Menschen sehe, die wie Leute aus Asien aussehen, würde ich die Miliz informieren. Denn ich habe gehört, dass sich Illegale häufig in verlassenen Häusern und Farmen verbergen. Ich möchte Ruhe in meiner Heimatstadt. Übrigens, nehme ich an, dass diese Leute bald Verbreiter nicht von der Grippe, sondern von irgendwelchen exotischen Krankheiten werden", vermutete ein Einwohner des Oblastzentrums.

Vom Inhalt des Schreibens erfahrend, riefen Menschenrechtler die Miliz dazu auf, sich derartiger Erklärungen zu enthalten, da sie einen Konflikt aus nationalen Gründen provozieren könnten. "Die Gesellschaft befindet sich auch so aufgrund der Grippe in einem nervösen Zustand. Derartige Erklärungen heizen die Atmosphäre weiter an. Die Miliz diffamiert konkrete Personen, konkreter Nationalität, auf diese eine negative Haltung der Gesellschaft richtend. Das ist unzulässig", sagte dem "**Kommersant-Ukraine**" der Leiter der Internationalen Liga zum Schutz der Rechte der Bürger der Ukraine, Eduard Bagirov.

Genauso negativ verhielten sich auf die Initiative der Transkarpenmiliz auch die Vertreter asiatischer Staaten. "Wir wissen alle, dass die 'Schweinegrippe' in der Ukraine nicht aus unserer Region auftauchte und kam. Es gibt keine Grundlage für solche Erklärungen", sagte dem "**Kommersant-Ukraine**" der Berater für Pressearbeit bei der

Botschaft Chinas in der Ukraine, Chun Chan Sia.

Der Präsident des Allukrainischen Jüdischen Kongresses, Wadim Rabinowitsch, nannte die Botschaft an die Einwohner der Oblast Transkarpatien eine misslungenen Versuch der lokalen Machthaber der Führung des Landes, die mit der Grippe kämpft, einen Gefallen zu tun. "Das ist irgendeine Dummheit. Gibt es etwa im Libanon oder in Israel mehr 'Schweinegrippe', als bei uns? Tatsächlich, nein!", erregte sich Rabinowitsch.

Artjom Skoropadskij, Irina Sawtschina

Quelle: [Kommersant-Ukraine](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 601

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.